Die Wirtschaft drängt auf einen gemeinsamen Bildungsraum Nordwestschweiz

Autor(en): Peter Wittwer
Quelle: Basler Stadtbuch
Jahr: 2007

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/a1fd63a1-10ef-4a48-bcc9-07a586e397a0>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

Die Wirtschaft drängt auf einen gemeinsamen Bildungsraum Nordwestschweiz

Berufsbildung soll zur gleichwertigen Alternative zum Gymnasium werden

Peter Wittwer

Die Schulsysteme im Aargau, in Solothurn und in den beiden Basel werden unter dem Druck der Wirtschaft in den nächsten Jahren umgebaut – leider aber nicht alle in die gleiche Richtung.

Der 29. Mai 2007 dürfte als Durchbruch für die Partnerschaft der Nordwestschweizer Kantone in die Geschichte eingehen. An diesem Tag präsentierten die Erziehungsdirektoren der vier Kantone für viele überraschend ihre bereits recht detaillierten Pläne für einen gemeinsamen Bildungsraum. Via Staatsvertrag soll so dem «Kantönligeist» in der Nordwestschweiz zumindest bei den Schulen ab 2011 schrittweise ein Riegel vorgeschoben werden.

Hinter dem Zusammengehen der vier Kantone steckt massiver Druck aus Politik und Wirtschaft. Der neue Bildungsartikel in der Bundesverfassung verpflichtet die Kantone nämlich ausdrücklich zur Koordination ihrer Schulsysteme. Dadurch sollen Mobilitätshindernisse für Familien mit schulpflichtigen Kindern abgebaut und Qualität und Durchlässigkeit des Bildungssystems einer Region, in der 1,2 Millionen Menschen leben und arbeiten, verbessert werden.

Aus Sicht der Wirtschaft sind bei der Umsetzung der 16 Artikel, auf die sich alle Kantone im sogenannten Harnos-Konkordat im Sommer 2007 geeinigt haben, vor allem drei Punkte entscheidend. Zuoberst auf der Forderungsliste von Handelskammer und Gewerbeverbänden steht die Aufwertung der Berufsbildung. Damit auch besser qualifizierte Jugendliche diesen «zweiten Königsweg» einschlagen, soll der Entscheid, ob jemand ins Gymnasium wechselt oder eine Berufslehre antritt, möglichst ans Ende der obligatorischen Volksschulzeit verschoben werden. Dieser Forderung wird im Bildungsraum-Konzept der Nordwestschweizer Kantone dadurch Rechnung getragen, dass in Zukunft die Dauer der einzelnen Schulstufen vereinheitlicht werden soll. Alle Kinder sollen im vierten Altersjahr eingeschult werden und danach im Regelfall acht Jahre Kindergarten und Primarschule besuchen. Es folgt eine dreijährige Sekundarstufe, über deren Struktur

die Meinungen zurzeit allerdings noch weit auseinandergehen, und allenfalls ein vierjähriges Gymnasium.

Die Gestaltung der Sekundarstufe I ist das zweite Themenfeld, in dem sich die Wirtschaftsverbände stark engagieren. Der Gewerbeverband Basel-Stadt begrüsst, dass in Basel mit dem neuen Modell die Schnittstelle zwischen Primarschule und Orientierungsschule wegfällt. Nach sechs Jahren Primarschule sollen die Jugendlichen aber für die letzten drei obligatorischen Schuljahre in drei klar getrennte Leistungsniveaus eingeteilt werden. Das widerspricht allerdings dem vorgeschlagenen Modell mit bloss zwei Niveaus und übergreifenden Leistungsgruppen in den einzelnen Fächern, das in Wirtschaftskreisen kaum Sympathien genießt.

Ausserdem legen die Wirtschaftsverbände in ihren Stellungnahmen grossen Wert darauf, dass der Leistungswille an den Schulen gefördert wird. Dass im Konzept der vier Regierungen unter dem Obertitel «Beschleunigen und Bereichern» neu auch die Begabtenförderung zum Thema wird, kommt von daher ebenso gut an wie die Absicht, einheitliche Anforderungsprofile und Übertrittsverfahren zwischen den Kantonen zu schaffen. Über die Nordwestschweiz hinaus soll festgelegt werden, über welche Fähigkeiten und Kenntnisse eine Schülerin oder ein Schüler am Ende des 2., 6. und 9. Schuljahres in den einzelnen Fächern verfügen sollte.

Nicht nur aus Wirtschaftskreisen wird in diesem Zusammenhang aber immer wieder kritisiert, dass der Wille zur Koordination von Anfang an durch Ausnahmeregelungen und Kompromisse verwässert wird. Sauer stösst dabei nicht nur die Tatsache auf, dass sich der Kanton Aargau anders als die anderen Nordwestschweizer Kantone ins Lager der Frühenglisch-Anhänger schlägt. Die Handelskammer beider Basel bemängelt in ihrer Vernehmlassung zum Harnos-Konkordatsentwurf auch, dass dem Kanton Solothurn bei der Organisation des Gymnasiums ein Sonderzüglein gewährt wird und auch beim Thema Eingangsstufe nicht von vorneherein eine einheitliche Regelung angestrebt wird.

Wenn es um die Details der Reform geht, kocht jeder Kanton weiter sein eigenes Süsschen. Um hier eine einigermaßen einheitliche Geschmacksrichtung durchzusetzen, ist noch einiges an Lobby-Arbeit der Wirtschaftsverbände gefordert, die im Sinne eines möglichst schrankenlosen Wirtschaftsraumes grosses Interesse an einer möglichst weitgehenden Annäherung der Schulsysteme haben.